

blickpunkt

Nr. 251
November 1991

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Preistreiber am Werk!

Der Wasserpreis ist schon immer ein politischer Preis gewesen. Das Nahrungsmittel Nr. 1 ist kostbar und lebensnotwendig. Die Ökologiebewegung hat dies aufgrund von Umweltskandalen, Wasserknappheit und -verschmutzung in den letzten Jahren deutlich gemacht. Verschwen- derischer Umgang soll gestoppt werden, die Sauberkeit und Genießbarkeit gewinnen oberste Priorität. Dennoch ist Wasser von der Stadt als "Monopolversorger" preislich günstig zu halten. Mit 1,40 DM pro cbm rangierte unsere Stadt an der unteren Preisskala vergleichbarer Städte, wenngleich man auch sagen muß, daß unsere Stadt günstige Voraussetzungen zur Wassergewinnung hat. Vor etlichen Jahren wurde per Landesgesetz den Städten angetragen, die Wasserförder- und -verteilrichtungen eigenständig zu führen. Der Hintergedanke war, die Betriebsführung und das Betriebsergebnis überschaubar zu machen und aus der allgemeinen Finanzwirtschaft herauszuhalten. Durch Landesgesetz ist die Stadt gehalten, den Gebührenhaushalt ausgeglichen zu gestalten, ganz nach dem Motto: "So viel wie die Kosten soll das Wasser kosten." Nun gibt es verschiedene Arten, die "tatsächlichen" Kosten zu ermitteln. Dadurch, daß die eine Stadt Arbeiten für die Stadtwerke vom Bauhof übernimmt, Räume in der Verwaltung mietfrei zur Verfügung stellt, die Mitbenutzung von verwaltungstechnischem Gerät - Schreibmaschinen, Computer etc. - und Verwaltungsbe-

dienstete, die teilweise für die Stadtwerke arbeiten, nicht oder nur minimal in Rechnung stellt, werden die Kosten niedriggehalten und damit ein niedriger Wasserpreis erzielt - trotz Kostendeckungsprinzip. Die andere Stadt rechnet all diese Dinge und noch mehr zu hohen (überhöhten?) Preisen bei den Stadtwerken ab. Selbst des Bürgermeisters Salär wird anteilig auf die Stadtwerke übertragen. Arbeiten der Stadtwerkebediensteten für andere städtischen Aufga-

ben werden "kostengünstig" ausgeführt. Dadurch entstehen hohe Kosten, die durch sog. kalkulatorische Kosten wie Verzinsung des Anlagekapitals, Konzessionsabgaben etc. ergänzt werden. So entsteht eine Kostenhöhe, die für die Gebührenrechnung herangezogen wird, die einen Gewinn verspricht.

Der Hinweis unseres Stadtkämmerers nach Unterdeckung des Gebührenhaushalts ist also mit Vorsicht zu

(Fortsetzung nächste Seite)

Mäzenatentum

Vom alten Römer Maecenas soll es herkommen, das Wort "Mäzen". Offenbar war er ein Kunstfreund.

Nun kriegen wir einen Brunnen für 250.000 Mark von einer Bauträgergesellschaft geschenkt. Sitzendort heutzutage die Kunstfreunde?

Wie so was läuft, kann man sich vorstellen: Die Herren der BTG, so heißt die Berliner Firma, die im hiesigen Gewerbegebiet "maklert", sitzen beim Brehl und der baggert sie an: "Ihr macht doch hier Riesengeschäfte - schiebt doch mal was für unseren Brunnen rüber". Da schoben die Herren!

Aber sie schoben nicht nur, sie regieren auch mit: "Wir schlagen vor, daß Herr Uhl (der Bildhauer) am 1. 10. 91 eine Abschlagzahlung von 125.000 DM erhält und den Rest nach der Aufstellung", heißt es in einem BTG-

Brief. Die Stadtverordneten tagten zwar erst am 12. 11. 91 - aber da war eh nichts mehr zu bestimmen - Kopfnicken war angesagt.

Nun kann man sicher sagen: Was soll's - Geld stinkt nicht und einem geschenkten Gaul guckt man nicht ins Maul - aber Gedanken darf man sich ja wohl noch machen.

Zum Beispiel darüber: Wo liegen die Grenzen zwischen Public Relation und einem Mäzenatentum, das städtische Entscheidungsträger für künftige Entscheidungen geneigt machen soll?

Da die BTG wohl keine Gelddruckmaschine betreibt, kommt der Zaster ja wohl aus den Spekulations- und anderen Superprofiten. Außerdem, man kann's ja absetzen.

Noch ein paar Sätze zum BTG-Mäzen Dr. Dietrich Ratthey?

Der "Kunstfreund" weiß natürlich was er will! In der FAZ (12.10.91)

(Fortsetzung S. 3)

Stadtparlament soll protestieren

betrachten. Und die Forderung nach Erhöhung des Wasserpreises um 0,40 DM auf 1,80 DM pro cbm (28,5%) ist sozial nicht gerechtfertigt. Der Gemeindeanteil am Steueraufkommen sinkt, neue Aufgaben kommen auf die Kommunen zu. "Die Letzten beißen die Hunde", sagt das Sprichwort - und das sind in diesem Fall die Bürger. Anstatt vehement gegen die Regierenden in Land und Bund zu opponieren, geht man den einfachen Weg und belangt die Bürger.

Die DKP forderte bei der jüngsten Stadtverordnetenversammlung eine stärkere Heranziehung der Großverbraucher, denn je mehr Gewerbe- und Industriebetriebe angesiedelt werden, desto stärker steigt der Wasserverbrauch. Investitionen sind daher notwendig. Einige Kommunen sind deshalb dazu übergegangen, höhere Wasserbeiträge für Großverbraucher einzuführen. In der Vergangenheit hat man uns immer weismachen wollen, daß dies nicht rechtens sei. Wir fordern also auf, dieses auch für unsere Stadt einzuführen. Vielleicht kann so auch ein Beitrag zur Wassereinsparung geleistet werden. Wir fordern eine baldige Vorlage von Berechnungsbeispielen, die auf Verbrauchsgrößen der einzelnen Bezieher, die Verbrauchsspitzen und auf Gebührenstaffelung von 300, 400 und 500 cbm basiert.

Nach der letzten Kommunalwahl wäre es ja auch möglicherweise zu einer SPD-DKP-Koalition gekommen. Ein Grund, weshalb es nicht dazu gekommen ist, war der feste Entschluß der DKP, keinen Gebührenerhöhungen zuzustimmen - weil die Bürgerinnen und Bürger gerade genug geschröpft werden. Die GBL hat hier leider keine Skrupel. Das werden wir immer wieder laut und deutlich sagen, damit es auch gehört wird.

R. Dötsch

Die städtischen Parlamentarier waren zu einem "Informationsgespräch" bei der FAG eingeladen. Heraus kam nichts! Allerdings gab es ein paar Informationen, die man sich merken muß: Der Flughafen bemüht sich entschieden um die US-Air Base und will sich vor allem im Süden breitmachen. Dort aber liegt wirklich die letzte dünne Waldmembrane zwischen den Flugzeugen und den Häusern von Walldorf.

Die DKP hat nicht zuletzt deshalb folgenden Resolutions-Antrag in der Stadtverordnetenversammlung gestellt:

"Nach dem offensichtlichen Scheitern des Versuchs, die Okrifteiler Straße nach Süden zu verlegen, kam die Flughafen AG sofort mit neuen Rodungsplänen auf dem Gebiet der jetzigen US Air-Base. Bis 1993 sollen 35 Hektar Wald auf dem Air-Base-Areal vernichtet werden. Diese Bäume gehören zum letzten dünnen Waldstreifen, der jetzt noch zwischen Walldorf und dem Flughafen liegt. Jeder Baum der hier fällt, sei es auch nur für eine neue Betriebsstraße, ist ein Baum zu viel!

In diesem Zusammenhang muß die seitherige FAG-Herangehensweise entschieden verurteilt werden. Wer mit Hochglanzprospekten weltweit für die "Cargo-City Frankfurt" wirbt und dabei bewußt einen Nachfragedruck schafft, ohne vorher auch nur eine Information an das Umland zu geben, handelt nicht als "Nachbar", sondern als eiskalter Stratege wirtschaftlicher Interessen.

Wenn das Flughafen-Umland, immer erst aus der Presse die neuesten Expansionspläne der FAG erfährt, dann ist daraus abzulesen, wie geringschätzig die FAG die Rathäuser und Parlamente einstuft.

Wir haben langjährige Erfahrungen und wir vergessen es nicht: Die Startbahn 18/West wurde gebaut, weil Kapital- und Militärinteressen dahinterstanden, weil letztlich die Staatsraison nicht verletzt werden durfte. Das Volk, die Betroffenen wurden nicht gehört. Als die Startbahn in den Wald betoniert war, hieß es in Wiesbaden "es wird nie mehr ein Baum für die Erweiterung des Flughafens fallen!" Alles vergessen! Am Flughafen wird seit Jahren weiter gerodet.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind resigniert aber zunehmend gibt es auch Proteste. Immer mehr Flugzeuglärm, immer mehr Abgase, immer weniger Wald - das kann nicht mehr so weitergehen.

Viele Probleme, die auch mit dem Flughafen zusammenhängen, sind noch gar nicht ausdiskutiert: Die Flächenversiegelung nimmt zu, der Verkehrsdruck wächst, Wohnungen sind nicht mehr zu bezahlen und die Ver- und Entsorgung ist im Ballungsgebiet immer schwerer zu gewährleisten. Geplant wird im Interesse des Profits - wo die Menschen dabei bleiben, wird selten gefragt.

Angesichts dieser Entwicklung fordern wir von der Hessischen Landesregierung, der Stadt Frankfurt und der FAG ein kritisches Überdenken ihrer seitherigen Vorgehensweise und eine Planung, die die Interessen des Umlandes mit einbezieht. Eine weitere Waldvernichtung werden wir nicht hinnehmen!"

(Fortsetzung von Seite 1)

beklagt er sich bitter über den "naturschützerischen Perfektionismus", über "unsinnige Blockaden" und eine "verkommene Genehmigungsbürokratie" (die offenbar den BTG-Leuten im Wege ist, wenn es darum geht, das Rhein-Main-Ballungsgebiet endgültig zu zubetonieren). Ein skrupelloser Kunstfreund mit eiskaltem Kalckül sozusagen, der selbstverständlich nichts umsonst macht.

Wie's weitergeht?

Offenbar hat das alles Zukunft. Die CDU findet diese Praxis sowieso gut, die SPD nickt dem Chef zu und die GBL hat auch nichts auszusetzen. Morgen kriegen wir vielleicht dann einen Brunnen für Walldorf, mit dem Schild "Gespendet von der FAG", dazu ein paar Bänke "Gestiftet von Japan-Cargo" - die wollen ja auch etwas von uns und eine Hand wäscht bekanntlich die andere.

Der Brunnen am Dalles! Vielleicht wird er ja schön. Schön wird aber auf jeden Fall die Einweihungsfeier - kurz vor der Kommunalwahl im Frühjahr '93.

rh

Jede Mark hilft dem
"blickpunkt!"

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau,
Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553

PARAGRAPH 218 eine lange Auseinandersetzung

Seit 120 Jahren ist der § 218 im Strafgesetzbuch verankert. Für die neuen und alten Bundesländer gelten gegenwärtig noch zwei unterschiedliche gesetzliche Regelungen. Bis 1992 ist, so sieht es der Einigungsvertrag vor, eine einheitliche gesetzliche Regelung für alle Bundesländer zu schaffen. Durch diese Verpflichtung ist erneut Handlungsbedarf entstanden. Zwischenzeitlich haben sich Politiker aller Parteien wieder mal zu Wort gemeldet, die Kirchen haben Moral gepredigt, sogenannte Experten haben "sachlich aufgeklärt", Ärzte haben die Probleme von Frauen medizinisch beleuchtet und die Frauen? Die CDU-Frauen (Süssmuth, Merkel u. Röntsch) haben die Frauen doch vertreten - oder etwa nicht? Schließlich liegt von der CDU/CSU ein Kommissionsentwurf vor. Dieser Entwurf sieht u.a. vor, daß ein Schwangerschaftsabbruch nur bei einer medizinisch-eugenischen Indikation und bei einer schwerwiegen-

den Konfliktsituation (psycho-soziale Notlage) straffrei ist. Der Arzt entscheidet, ob die Frau sich in einer Notlage befindet und legt seine Erkenntnisse in einer schriftlichen Beurteilung fest. Hinzu kommt eine Beratungspflicht mit vorgegebenem Beratungsziel - der Fortsetzung der Schwangerschaft. Einigen CDU/CSU-Politikern geht dieser Entwurf nicht weit genug, sie fordern eine weitere Verschärfung des Paragraphen 218. Zahlreiche Frauenorganisationen, Frauen in den Parteien und Gewerkschaften haben sich mit dem § 218 und dem Selbstbestimmungsrecht der Frau auseinandergesetzt und Position bezogen. Der Schwangerschaftsabbruch ist eine Gewissensentscheidung für jede Frau. Weder Staat, Kirche, Parteien noch Gewerkschaften können den Frauen diese Entscheidung abnehmen. Frauen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden haben, dürfen nicht kriminalisiert werden. Der Paragraph 218 muß aus dem Strafgesetzbuch verschwinden. Frauen, die es wünschen, sollten eine Beratungsstelle ihrer Wahl in Anspruch nehmen können. Eine Zwangsberatung mit vorgegebenem Beratungsziel darf es nicht geben.

Helga Fritz

Erklärung der DKP-Fraktion zur Beendigung der Friedenspartnerschaft mit der niederländischen Stadt Wageningen

"Die Partnerschaft für den Frieden existiert nicht mehr. Das bundesweit einzigartige Modell "Friedenspartnerschaft" ist damit erledigt - es lebe die Städtepartnerschaft", stellte Herbert J. Oswald in der letzten Stadtverordnetenversammlung bissg fest.

"Wenn man die noch junge Urkunde der Friedenspartnerschaft liest, merkt man, die beschriebene Realität hat sich bis heute nicht geändert, die damalige Zielsetzung war richtig und ist es auch heute noch.

Der CDU hier im Hause war die Friedenspartnerschaft immer ein Dorn im Auge und sie hat sie von Anfang an boykottiert. Die politischen Mehrheitsverhältnisse in Wageningen haben es nun möglich gemacht, daß die Friedenspartnerschaft umgewandelt wird in eine "normale" Städtepartnerschaft.

Sicherlich, vieles hat sich geändert, aber die Probleme auf diesem Erdball sind geblieben. In die Zeit der Friedenspartnerschaft fielen und fielen zwei Kriege und Dutzende offen ausgetragene Konflikte.

Die Friedenspartnerschaft hat das nicht erfüllt, was wir vielleicht hinein interpretiert haben, aber es war ja auch zu wenig Zeit. Damals beschränkten wir einen "langen Weg", wie es in der Urkunde heißt, lang war er ja gerade nicht mit fünf Jahren.

Übersehen sollte man jedenfalls nicht: Es ist nicht nur das Wort Frieden, was hier gestrichen wird.

Wir wünschen der Städtepartnerschaft viel Erfolg. Die DKP-Fraktion wird nicht geschlossen in dieser Frage abstimmen. Die Zustimmung einiger Fraktionskollegen zu dieser Vorlage ist eine Zustimmung mit Bauchweh und die Ablehnung dieser Vorlage ist keine Absage an die entstandenen freundschaftlichen Verbindungen zwischen Wageningen und Mörfelden-Walldorf, sondern eine Ablehnung dieser "normalen" Städtepartnerschaft."



Immer wieder kracht's in Walldorf an der gleichen Ecke. Hier der dritte schwere Unfall in wenigen Monaten. Mittlerweile kam es erneut zu vielen brenzligen Situationen.

Höchste Zeit, daß hier eine Veränderung der Verkehrsführung in die westliche Waldstraße erfolgt.

Anträge der DKP-Fraktion zum Haushaltsplan 1992

Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

Die Stadt veranstaltet ein politisches Podium, das sich mit dem Anwachsen neofaschistischer Kräfte befaßt. Eine multikulturelle Veranstaltung findet im ersten Halbjahr '92 statt. Eine Plakataktion wird in beiden Stadtteilen organisiert. Die Gestaltung der Plakate wird als Wettbewerb an der Bertha-von-Suttner-Schule vorgeschlagen.

Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger

Eine Broschüre über die Stadt Mörfelden-Walldorf wird für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger erstellt. Zudem werden städtische Formulare in die wichtigsten ausländischen Sprachen übersetzt.

Internationale Entwicklung und Zusammen- arbeit

Gezielte Förderung und Bereitstellung von finanziellen Mitteln für das Agroforestry Projekt in Nyabikenke (Rwanda) und für die Nicaragua-Solidarität

Behindertengerechter Eingang

Die Post in Walldorf bekommt einen behindertengerechten Eingangsbereich, d.h. Rampe, selbstöffnende und -schließende Türen. Es werden Gespräche mit der Deutschen Bundespost zwecks Mitfinanzierung aufgenommen

Altenwohnheim Mörfelden

In die Planungen zum Umbau und Erweiterung der Altenwohnanlage im Stadtteil Mörfelden, Heidelberger Str. wird ein Gemeinschaftsraum aufgenommen.

Bürgerhaus Mörfelden

Der Magistrat erstellt eine Prioritätenliste, aus der hervorgeht, welche

Reparatur- bzw. Umbauarbeiten und Renovierungen als erstes beim Bürgerhaus durchgeführt werden müssen. Hierzu wird dann ein Maßnahmenkatalog erstellt.

Städtischer Wohnraum

Das im Eigentum der Stadt Mörfelden-Walldorf befindliche Haus Kalb-gasse/ Ecke Langgasse (Mörfelden) wird baldmöglichst einer dauerhaften Nutzung zugeführt.

CDU-Fraktionsräume

Die im Haushaltsplan '92 vorgesehenen Mittel für Fraktionsräume der CDU werden gestrichen.

Toiletten am Bahnhof

Am Bahnhof Walldorf wird ein Pavillon mit Toilettenanlage eingerichtet.

Stadtplan

An allen Stadteinfahrten werden beleuchtete Informationstafeln mit dem Stadtplan aufgestellt und die erforderliche Haltemöglichkeit für Autofahrer geschaffen.

Radwege

Für die Reparatur und Unterhaltung von Radwegen sowie für den Bau von neuen Radwegen werden weitere finanzielle Mittel im Haushaltsplan '92 zur Verfügung gestellt.

Fahrradständer

An zentralen Punkten wie z.B. an den Rathäusern, Postämtern und Bahnhöfen werden Fahrradständer und Überdachungen installiert. Die Stadt nimmt Gespräche mit der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost sowie dem Kreis auf, um eine Kostenbeteiligung zu erreichen.

Schulbushaltestelle

Die Schulbushaltestelle Zillering wird mit einer Überdachung versehen.

Innerstädtische Buslinie

Die Planung für die innerstädtische Buslinie wird umgehend konkretisiert.

Telefon am Sportlerheim Mörfelden

Der Magistrat wird beauftragt, sich bei der Post verstärkt um die Einrichtung eines öffentlichen Telefons am Sportlerheim zu bemühen. Das Telefon muß für Behinderte zugänglich sein.

Einrichtung eines überbetrieblichen werksärztlichen Dienstes

Die Stadt Mörfelden-Walldorf bemüht sich bei allen zuständigen Stellen um die Einrichtung eines überbetrieblichen werksärztlichen Dienstes.

POST

Radwege in und um unsere Stadt

Nach dem Artikel im "blickpunkt" warten wir auf eine Reaktion der Stadt und der Parteien. Aber wie so oft wird eine Minderheit, die Radfahrer, belächelt. Selbst die Öko-Parteien, die doch den Umweltschutz an Ihre Fahnen geheftet haben, unterstützen nicht die Vorreiter gegen eine kaum noch anhaltbare Umweltverschmutzung. Der Fahrradverkauf boomt. Die Leute möchten umsteigen, aber wo fahren, ohne sein Leben aufs Spiel zu setzen? Um als Radfahrer von unserer Stadt in die Nachbarstädte (Darmstadt, Langen, Rüsselsheim, Frankfurt) zu kommen, geht es zur Zeit nur über ein hochbelastetes Straßennetz ohne Radwege, oder auf Waldwegen, die durch Sturmschäden -Beseitigung stark geschädigt sind. Zudem bleiben die Rinden- und Astholzreste auf den Wegen liegen, sodaß Stürze vom Fahrrad kaum zu vermeiden sind. Wo bleibt da die Forstverwaltung? Müssen wir erst bis zur nächsten Wahl warten, um wenigstens Versprechungen zu hören? Oder ist ein Umdenken, wie in den Nachbarstädten, auch bei uns möglich?

Herbert Zang

Waffenschieber

Peinlich für die Bundesregierung war es schon, daß der Bundesnachrichtendienst als "Waffenschieber" entlarvt wurde. Kriegsgerät aus Beständen der Nationalen Volksarmee sollte - als Landmaschinen deklariert - nach Israel verschifft werden. Augenscheinlich liegt auch beim Geheimdienst der Bundesrepublik das Wesen im "Halblegalen" - wenn das auch ansonsten immer nur den "Diensten" der Sowjetunion, der DDR und anderer ehemals sozialistischer Länder nachgesagt wird. Von "neuem Denken" keine Spur - hoffentlich merkt es trotz "Siegerlaune" der eine oder andere Mensch in unserem Land. GS

Tiefflieger

Nun hat die DKP-Fraktion mal wieder so richtig schön die Meinung gesagt bekommen. Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Meinke (GBL) bezeichnete im Umweltausschuß die DKP als "geistige Tiefflieger". Was eigentlich der Auslöser für diese "Stellungnahme" war, das weiß keiner so genau. Zu Beschimpfungen in parlamentarischen Gremien greifen Stadtverordnete gewöhnlich, wenn ihnen die Argumente fehlen. Ratlosigkeit scheint es bei den Fraktionen von SPD und GBL öfters zu geben. Die Politik der Koalition wird fast ausschließlich von den drei Hauptamtlichen (Brehl, Vondran und Treber) dargelegt, das zeigt sich insbesondere auf Stadtverordnetenversammlungen. Die Fraktionsmitglieder von SPD und GBL geben ein schwaches Bild ab, wenn es darum geht, Positionen argumentativ zu vorzutragen. "Die Obrigkeit wird es schon richten", denkt wohl mancher in der Koalition...

Seilschaften

Seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik spricht man in Deutschland viel von "Seilschaften". Wo etwas nicht klappt, wie vor der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl den Wählern in Ost und West versprochen, sind nach vielfach veröffentlichter Meinung alte SED- und Stasi-Leuteschuld. Erstaunlicherweise sind unter den bisher über ihre Stasi-Vergangenheit "gestolperten" Stehaufmännchen ungewöhnlich viele CDU- und FDP-Vertreter. Und selbst in höchsten Ämtern in Bonn werden ganz offiziell Stasi-Leute beschäftigt, "auf die man angewiesen ist, weil sie Fachleute sind". Offensichtlich sind das Interesse und die Anstrengungen gering, Stasi-Mitarbeiter von gesellschaftlichem Einfluß fernzuhalten. Entsetzte Aufschreie und Reaktionen gibt es nur dann, wenn man sich ertappt fühlt. Der Eindruck liegt nahe, daß sich hüben wie drüben alte und neue Herren in Wirtschaft und Politik schon wieder fest gegen das Volk verbunden haben. Erst recht, wenn man das Stasi-Unterlagen-Gesetz, die finanzielle und personelle Ausstattung der Ermittlungsstellen sieht. Konsequenterweise sollten die politisch Verantwortlichen in unserem Land dann auch das ständige Beklagen von "Seilschaften" sein lassen. Dieser Begriff dient ausschließlich als "Nebelwand", die den Blick auf den ganz normalen Kapitalismus verschleiern soll. GS

Wind

Mit neuem Programm sieht sich die CDU Mörfelden-Walldorf im Aufwind. Die örtlichen Christdemokraten präsentieren sich gegenwärtig als Partei, die sich ein neues Profil gegeben hat. Wenn man die jüngsten Aussagen der hiesigen CDU hört, gewinnt man den Eindruck, das "C" in der CDU bekommt langsam einen Inhalt. Da wird neuerdings gegen Gebührenerhöhung protestiert, der teure Umbau des Rathauses in Walldorf kritisiert. Die CDU möchte damit neue Wähler und Wählerinnen bei der Kommunalwahl '93 gewinnen und nach Möglichkeit auch die Stadtregierung übernehmen. Leicht

haben sie es damit ja wirklich nicht. Die Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung macht auch um Mörfelden-Walldorf keinen Bogen. Zudem haben CDU-Regierungen in anderen Städten und Gemeinden keine Skrupel, wenn es um Gebührenerhöhungen geht.

Die örtliche CDU ist für Sparsamkeit. Deshalb benötigt sie auch Fraktionsräume, stimmt auch in Mörfelden-Walldorf für die Erhöhung der Sitzungsgelder und einen 3. Hauptamtlichen will sie natürlich auch, wenn es zu einer CDU-Beteiligung an einer Stadtregierung kommen soll. Am besten ist es, man vergißt den ganzen Unsinn. Aber nicht genug, da trauert die hiesige CDU auch noch den "echten Grünen" nach. Stellt sich die Frage, was für die CDU "echte Grüne" sind? Sicherlich nicht die Grünen, die eine linke alternative Politik vertreten. Aber vielleicht überlegt es sich die GBL ja noch einmal, vielleicht auch die SPD? Dann haben wir nach der Kommunalwahl '93 endlich mal einen CDU-Hauptamtlichen im Rathaus, der dann auch gleich die Gebühren senken, die Pläne für den Umbau des Rathauses in Walldorf stilllegen und mit Spenden sehr sorgsam umgehen wird. Aber so einfach ist eben nicht immer. Denn so mancher erhoffter Aufwind ist schon in Gegenwind umgeschlagen und hat dabei die Masken von Politikern ganz schnell verschwinden lassen. Der gegenwärtige kalte Wind aus Bonn, der landauf landab weht, hält jedenfalls vor keiner Stadtgrenze.

Helga Fritz

Viele Gäste feierten mit uns den 250. "blickpunkt".

Es gab herzliche Glückwünsche und viele Spenden.

Wir bedanken uns bei allen, die helfen, daß der "blickpunkt" erscheinen kann.

**DIE
REDAKTION**

Linke Politik bleibt notwendig

Seit einigen Wochen diskutiert die DKP Mörfelden-Walldorf ihr Herangehen an die Kommunalwahl 1993. An diesen Aussprachen nahmen auch Parteiloze teil. Übereinstimmend wurde dabei für nötig gehalten, vor der Beschlußfassung über Form und Ziel einer Kandidatur ein "Positionspapier" zum Selbstverständnis der Partei und ihrer Politik zu erarbeiten. Dieses soll als Grundlage für die eigene Tätigkeit und den Umgang mit Linken außerhalb der DKP dienen. Die Mitgliederversammlung der DKP Mörfelden-Walldorf nahm bei einer Gegenstimme folgende Erklärung zustimmend zur Kenntnis:

Unmittelbar nach Gründung der Kommunistischen Partei in Deutschland schlossen sich 1919 auch in Mörfelden und Walldorf vor allem Arbeiter dieser Organisation an. "Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner" - diese Aussage aus Rosa Luxemburgs Ausführungen beim Gründungsparteitag bedeutete für sie die Besinnung auf den konsequenten Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung, Kolonialismus und imperialistischen Krieg, den die SPD aufgegeben hatte. Ihre Erfahrung, daß eine starke marxistische Organisation wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf um Arbeiterrechte und den Sozialismus ist, hat nach unserer Meinung auch heute noch Gültigkeit. In über 70 Jahren haben Kommunistinnen und Kommunisten mit ihrer Arbeit - vor allem in der Kommunalpolitik - das Gesicht unserer Stadt mit geprägt. Sie haben durch hohen persönlichen Einsatz - auch in Zeiten des Verbots, faschistischen Terrors und allen Anfeindungen zum Trotz - sich und der Idee des Sozialismus Ansehen verschafft. Immer wieder haben sich viele Menschen gemeinsam mit uns Kommunisten für eine demokratische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung eingesetzt - eine Gesellschaft, in der das arbeitende Volk entscheidenden Einfluß auf die Politik hat und Frieden, soziale Gerech-

tigkeit, Solidarität und internationale Zusammenarbeit die wesentlichen Grundlagen sind.

In den letzten Jahren haben wir den unrühmlichen Niedergang und Zerfall fast aller Länder erlebt, in denen diese Gesellschaftsordnung für uns Wirklichkeit geworden zu sein schien. Wir mußten in dieser Zeit zur Kenntnis nehmen, daß die Kommunisti-

DKP will bei der Kommunalwahl 1993 wieder kandidieren

Die Mitgliederversammlung der DKP Mörfelden-Walldorf faßte am 21. November 1991 folgenden Beschluß:

"Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Mörfelden-Walldorf hat die Absicht, zur Kommunalwahl 1993 mit einer für parteilose Kandidatinnen und Kandidaten offenen Liste zu kandidieren. Ziel der Kandidatur ist der Wiedereinzug in das Stadtparlament unserer Stadt und die Fortsetzung der parlamentarischen Arbeit als linke Opposition in Mörfelden-Walldorf. Sollten weitere Gruppen die Absicht bekunden, für diese Ziele zu kandidieren, dann ist die DKP für eine erneute Diskussion der Kandidaturform offen."

schen und Arbeiter-Parteien der Sowjetunion, der DDR und anderer Länder nicht in der Lage waren, eine sozialistische Gesellschaft zu entwickeln. Darüber hinaus müssen wir heute anerkennen, daß regierende Kommunisten sich vielfacher Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben und in beschämender Weise die theoretischen Grund-

lagen des wissenschaftlichen Sozialismus verbogen. All das hat auch die Deutsche Kommunistische Partei unmittelbar getroffen. Vor allem deshalb, weil unsere Parteiführung - aber auch wir in Mörfelden-Walldorf - über Jahrzehnte hinweg ein sehr enges, meist unkritisches Verhältnis zu unseren "Bruderparteien" hatten und weitgehend blindes Vertrauen in ihre Theorie- und Praxis setzten. Bei der Diskussion und Aufarbeitung dieser Seite unserer Geschichte sind wir sicher noch am Anfang, haben uns noch vielen unangenehmen Fragen zu stellen und nach Antworten zu suchen. Marx, Engels und Lenin werden allerdings gerade durch die Entwicklung der letzten Jahre eher bestätigt als widerlegt und sollten unseres Erachtens bei der Suche nach Antworten Ratgeber sein.

Kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklassen der hochentwickelten Länder und der sogenannten 3. Welt, Rassismus, Hunger und Krieg sind immer noch, ja stärker denn je, weltweit tägliche Realitäten. Sie erfordern politischen Widerstand und immer wieder aufs Neue die Erarbeitung von Gegenpositionen. Auch wenn der Idee des Sozialismus - nicht ohne eigene Schuld - eine schwere Niederlage zugefügt wurde und dabei vor allem der moralische Anspruch der Kommunisten, eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen, unabsehbaren Schaden genommen hat, sind wir deshalb davon überzeugt: Kommunistinnen und Kommunisten können heute und in Zukunft notwendige Beiträge im Kampf um eine bessere Welt leisten.

Die Mitglieder der DKP Mörfelden-Walldorf haben in ihrer täglichen Kleinarbeit oft bewiesen, daß sie an der Seite der Arbeiter, Angestellten und ihrer Familien - der sogenannten kleinen Leute - stehen. Dabei haben sie auch immer versucht, Zusammenhänge von "großer" und "kleiner" Politik deutlich zu machen. Sie haben sachkundig und kritisch kommunalpolitische Themen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit als Partei und als Opposition im Stadtparlament auf die Tagesordnung gesetzt, die den anderen Parteien oft unangenehm waren. Mit Unterstützung der Bevölkerung und der Stadtzeitung "blickpunkt" haben sie auch außerparlamentarisch Ein-

fluß auf Parlamentsmehrheiten genommen. Städtische Aktivitäten für Frieden und Abrüstung, antifaschistische Gedenkstätten, ständige Wachsamkeit gegen Erweiterungspläne des Flughafens, grundsätzliche Ablehnung von Gebührenerhöhungen - das sind nur einige Felder, auf denen die Kommunisten nicht ohne Erfolg gearbeitet haben. Nicht zuletzt deshalb gibt es in unserer Stadt nach wie vor hohe Erwartungen an die Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP Mörfelden-Walldorf.

Weil das so ist, wollen wir nicht, daß linke Positionen in der Stadt und ihrem Parlament kampfflos geräumt werden. Wir halten in unserer Stadt und unserem Land nach wie vor eine Organisation für notwendig, die ihre theoretische und praktische Arbeit auf marxistischer Grundlage zu entwickeln versucht und wollen in diesem Sinn weiter arbeiten. Deshalb sehen wir in Mörfelden-Walldorf zur Zeit keine Alternative zur politischen Erneuerung und organisatorischen Weiterentwicklung der DKP. Wir wollen als Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP mit allen Linken und fortschrittlich denkenden Menschen in unserer Stadt diskutieren und zusammenarbeiten, wie wir es seit Monaten in den Versammlungen unserer Wohngebietsgruppe und der DKP-Stadtverordnetenfraktion tun. Gegenseitigen Respekt und die Anerkennung unterschiedlicher Auffassungen in weltanschaulichen Fragen halten wir dabei für unabdingbar.

**Jede Spende
hilft dem
»blickpunkt«!**

Unser Konto:

Kreissparkasse Groß-Gerau,
Konto-Nr.9003419,
BLZ 50852553

Zwangssolidarität

Selbst CDU-Bundestagsabgeordnete sind mit der "Arbeit" der Treuhand in den fünf neuen Bundesländern unzufrieden.

Betriebe und Liegenschaften werden für Pfennigbeträge verschleudert, Milliarden sind schon zweifelhaften Geschäftemachern nachgeschmissen oder auf andere Weise in den Sand gesetzt worden, die Arbeitslosenzahlen steigen.

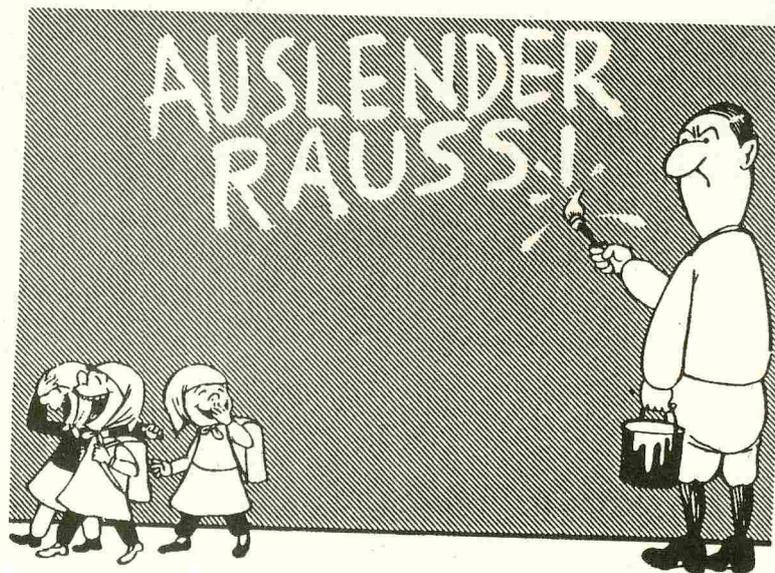
Das alles soll die Wirtschaft der ehemaligen DDR "sanieren". Profitiert haben davon bisher im Wesentlichen Banken und Großindustrie der alten BRD, sowie ein paar Glücksritter, die sich seit der "Wende" goldene Nasen verdienten. Ein Aufschwung ist nicht in Sicht. Selbst bürgerliche Zeitun-

gen sprechen längst von einem "Faß ohne Boden".

Bezahlen dürfen das wie immer die Arbeiter und Angestellten. Zum Beispiel mit dem Solidaritäts-Zuschlag auf die Lohnsteuer, der seit Juli zusätzlich abkassiert wird, um die "Kosten der Einheit" zu finanzieren. Da soll noch einer sagen, "Zwangssolidarität" hätte es nur früher in der DDR gegeben.

Wie anders soll man denn den Lohnabzug für die "Abwicklung" der DDR nennen, mit dem die Arbeiter und Angestellten in unserem Land Extragewinne für die Unternehmer, die Arbeitslosigkeit von Millionen Kolleginnen und Kollegen und erhöhten Leistungsdruck aus der eigenen Tasche bezahlen: Zwangssolidarität mit dem "notleidenden" Kapital!

GS



Hände weg vom Asylrecht

**Keine Kasernierung von Asylsuchenden in
Sammellagern**

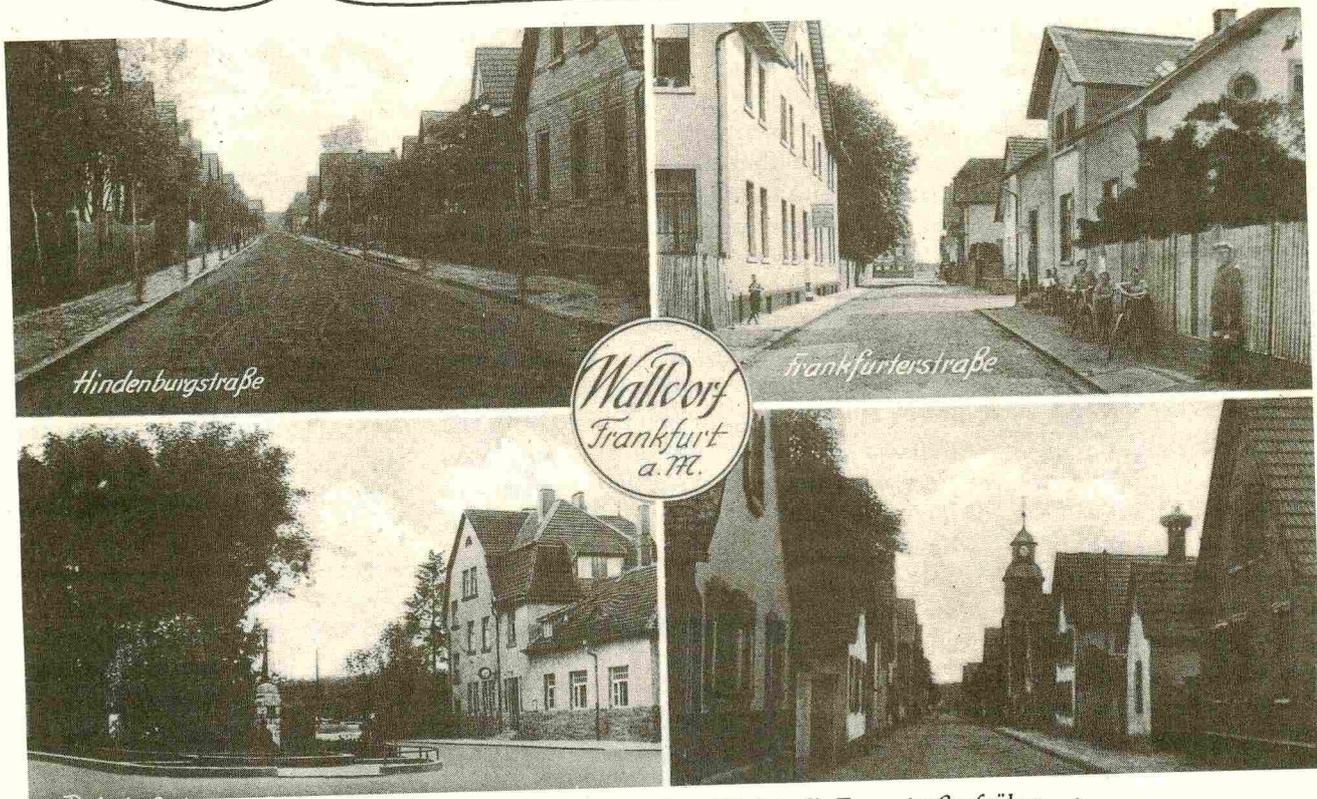
**Schluß mit der staatlichen Duldung des rassistischen
Terrors gegen unsere ausländischen Mitbürger**

Kompromißlose Strafverfolgung der Gewalttäter

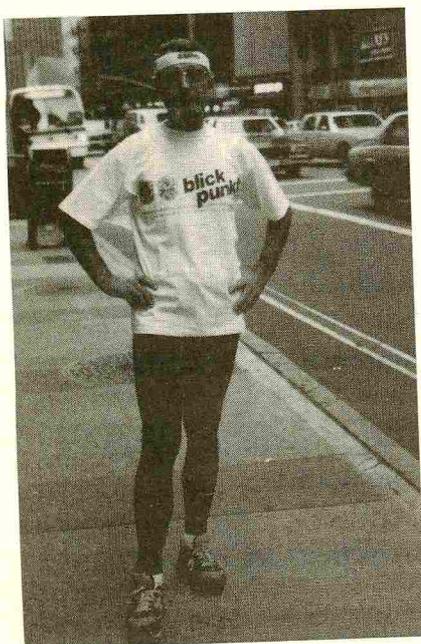
**Bestrafung rassistischer, ausländerfeindlicher und
faschistischer Propaganda**

Verbot und Auflösung faschistischer Organisationen

Stadtgeschichten



Ein Ausschnitt aus einer alten Postkarte zeigt oben rechts einen Blick in die Farmstraße, früher Frankfurter Straße, in Richtung Süden. Links sieht man das ehemalige Gasthaus und Hotel "Zur Waldlust", das lange Zeit als einziges Haus in Walldorf Fremdenzimmer anbot. Das Gebäude wurde 1883 erbaut und 1963 abgerissen, um der heutigen Walldorfer Post Platz zu machen. Wegen des mit hohen Bäumen bestandenen Gartens galt es vor vielen Jahrzehnten während der Sommermonate als beliebtes Ausflugsziel. Von 1932 - 1945 war es auch das Gründungslokal und Domizil der NSDAP in Walldorf. Oben links ist die obere Bahnhofstraße zwischen Piemont- und Boninstraße zu sehen. Damals - die Karte stammt aus der Zeit vor 1945 - hieß sie noch Hindenburgstraße, benannt nach dem damaligen Reichspräsidenten. Auch die Langstraße (rechts unten) ist kaum wiederzuerkennen.



"Happy birthday to you"!

An seinem Geburtstag startete der DKP-Stadtverordnete Rudi Dötsch zu seinem 20. Marathonlauf. Freunde und Verwandte hatten ihm den Start beim "New York Marathon '91" zu seinem 50. Geburtstag geschenkt. Bei der Abreise wurde er noch mit einem "blickpunkt"-T-Shirt bedacht, das er in New York beim Waldorf-Astoria-Hotel präsentierte. Unter mehr als 29 000 gestarteten Läuferinnen und Läufern belegt er in einer Zeit von 3:53:23 Std. den 9937. Platz. In seiner Altersklasse wurde er 669. bei 2265 Teilnehmern.



". . . waas de schun es Neiste?
En Merfeller hot uffem Nord-
pol
e Hieweisschild uff Merfelle
gesteckt!"
"Wer wors dann?"
"Frooch e mol de Justus!"